

Die gescheiterte Planwirtschaft hat wieder Konjunktur – aber warum?

Politiker ticken anders

Vor drei Jahrzehnten schien alles klar: Der Kommunismus war zusammengebrochen, die westlichen Marktwirtschaften hatten sich der östlichen Planwirtschaft als haushoch überlegen erwiesen. Begierig nahmen Politiker und Wissenschaftler von dort den ökonomischen Liberalismus auf, den sie bisher nur als Irrlehre des Klassenfeindes kennengelernt hatten. Inzwischen ist wieder alles anders: Überall übernimmt erneut der Staat das Kommando mit Energie- und CO₂-Verbrauchsvorgaben für einzelne Produkte und Sektoren, Quoten, Mindestlöhnen und Höchstmieten. Trotz der negativen Erfahrungen zeichnet sich damit ein später Sieg des Sozialismus ab.

Die meisten Spitzenpolitiker und Ministerialbeamten sind Juristen, sie denken daher eher in Normen und Vorschriften statt in Anreizen und ökonomischen Wirkungsketten. Zudem hat sich der Zeitgeist unter dem Einfluß linker Pädagogen zuerst in den Schulen, dann in Medien und Parlamenten zugunsten eines vormundschaftlichen Staates verschoben. Schon im Kindergarten wird beigebracht, daß nur die Politik die Umwelt vor Profitgier schützen und für soziale Gerechtigkeit sorgen kann. Radio und Fernsehen predigen bis zur Penetranz täglich das gleiche Narrativ.

Aber das erklärt noch nicht das ganze Dilemma. Denn natürlich gibt es auch in Politik und Verwaltung noch Leute mit ökonomischem Sachverstand. Es fehlt auch nicht an wissenschaftlichen Beratern, die warnen, daß Planwirtschaft nicht funktioniert. Schließlich gibt es bis heute kein einziges Beispiel für ein sozialistisches Land, das auch nur annähernd den Wohlstand und die Freiheit marktwirtschaftlicher Wirtschaftsordnungen erreicht hätte. Kuba, Nordkorea oder Venezuela sind abschreckende

Beispiele dafür, wohin eine staatliche Kommandowirtschaft führt. Der Aufstieg von China und Vietnam gelang durch die Entfesselung der Marktkräfte – die dortigen KP-Regime ließen nur die politische Unterdrückung bestehen.

Ein zentrales Problem ist, daß ein automatisch funktionierendes Konzept, die dezentrale liberale Wirtschaftsordnung, nicht im Interesse der Politiker liegt. Denn um wiedergewählt zu werden, müssen sie Aktivität entfalten. So wäre das CO₂-Problem gelöst, wenn es einen für alle Emittenten gleichen Preis oder ein generelles Zertifikatssystem gäbe. Dann hätte jeder einen Anreiz, Emissionen einzusparen und über neue Wege nachzudenken, wie dies möglichst effizient und kostengünstig geht. Aber womit sollten die Umweltminister in der Öffentlichkeit glänzen? Viel attraktiver ist es daher, immer wieder neue Sünden und Mißstände an den Pranger zu stellen. So können sich Politiker mit entsprechenden Verboten, Vorschriften und Strafzahlungen als Problemlöser inszenieren. Das politische Anreizsystem läßt sie fast zwangsläufig anders ticken, als es der ökonomischen Vernunft entspräche.

Daß Westdeutschland überhaupt eine liberale Wirtschaftsordnung bekommen hatte, war denn auch keine demokratische Entscheidung. Nur der mutige Schritt Ludwig Erhards, am 21. Juni 1948 mit Rückenbedeckung der Besatzungsmächte und gegen alle Widerstände die Preise freizugeben, setzte das deutsche Wirtschaftswunder in Gang. Daß er 1966 als Bundeskanzler scheiterte, paßt gut in dieses Bild. Ökonomische Vernunft scheint auf Dauer nur schwer durchhaltbar zu sein.

Prof. Dr. Ulrich van Suntum lehrte bis 2020 VWL an der Wilhelms-Universität Münster.



von **Ulrich van Suntum**

„Ökonomische Vernunft scheint für Politiker auf Dauer nur schwer durchhaltbar zu sein.“

Noch mehr deutsches Steuergeld für den Euro-Rettungsfonds ESM

Riesiger Ressourcentransfer

Von **Thorsten Polleit**

Aus einer „Verschlussache“ des Finanzministeriums von Olaf Scholz (SPD) ist jüngst durchgesickert, daß die Bundesregierung 84,1 Millionen Euro an den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) überwiesen hat. Mit diesem Betrag hat sie diesem sogenannten Euro-Rettungsschirm die Straffzinsen zurückerstattet, die dieser aufgrund der Negativzinspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) im Jahr 2020 an die Bundesbank zahlen mußte. Seit 2017, so das Geheim schreiben weiter, würden Deutschland und auch Frankreich dem ESM die Straffzinsen erstatten, jüngst machen angeblich sogar Italien und die Niederlande bei der Straffzinsrückzahlung mit.

Brisant ist dabei nun folgendes: Während die Bundesregierung das europäische Umverteilungsgut namens ESM still und heimlich mit deutschem Steuergeld aufpolstert, gehen die Deutsche Rentenversicherung (DRV), zahlreiche Städte und Gemeinden oder der Gesundheitsfonds der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) leer aus. Allein die DRV hat im vergangenen Jahr Straffzinsen in Höhe von 106 Millionen Euro bezahlen müssen, die zu Lasten der Versicherten gehen, wie auch der

Berliner *Tagespiegel* berichtete. Die Botschaft lautet also: Die Euro-Rettung hat für die Regierungspolitik eindeutig Vorrang vor der Alters- und Sozialvorsorge der eigenen Bevölkerung. Und dieser Ressourcentransfer geht weiter, so ist zu befürchten. Der ESM hatte Ende 2020 eine Bilanzsumme von 828,6 Milliarden Euro. Davon wurden 58 Milliarden Euro in Form von Guthaben bei den Geschäfts- und Zentralbanken gehalten.

Unterstellt man einen Negativzins von 0,5 Prozent pro Jahr, haben sich beim ESM 2020 2,9 Milliarden Euro quasi in Luft aufgelöst. Und in den kommenden Jahren wird es ganz ähnlich aussehen. Die Negativzinsen, die der ESM bezahlt, gehen in die Zentralbankgewinne ein, die am Jahresende an die Euro-Teilnehmerstaaten ausgeschüttet werden. Wenn also die Bundesregierung den ESM entschädigt für die gezahlten Straffzinsen, läuft das auf eine Steuererhöhung für die Bundesbürger hinaus. Geld, das sie erwirtschaften, das aber de facto an das EU-Ausland gezahlt wird.

Prof. Dr. Thorsten Polleit ist Volkswirtschaftler und Präsident des Mises-Instituts.

Helikoptergeld für alle

EZB-Politik: Umgestaltung hin zur „fiskalischen Dominanz“ / Alternative zu Anleihekäufen?

DIRK MEYER

Im Juli stieg die Inflation in der Eurozone um 1,9 auf 2,2 Prozent. Hauptgrund waren laut Eurostat die Energiepreise: Sie stiegen um 14,1 Prozent im Vergleich zu Juli 2020. Lebensmittel, Alkohol und Tabak wurden hingegen im Schnitt nur um 1,6 Prozent und Dienstleistungen nur um 0,9 Prozent teurer. Das ist nicht nur der Corona-Krise, Lieferengpässen oder steigenden Rohstoffpreisen geschuldet (JF 30/21). Die EZB versucht seit 2015 mit Anleihekäufen die Inflationsrate in die Höhe von zwei Prozent zu bringen. Damit soll ein hinreichender Spielraum gegen eine aus ihrer Sicht gefährliche deflationäre Preisentwicklung geschaffen werden.

Allerdings lag die Preissteigerung seit 2015 zu über 90 Prozent unter zwei Prozent – obwohl sie Staatsanleihen im Umfang von 2.954 Milliarden Euro (42,3 Prozent ihrer Bilanzsumme) aufgekauft hat und damit Ende 2020 26,5 Prozent der Staatsschulden aller 19 Euro-Mitgliedstaaten. De facto hat sie sich damit abhängig gemacht, denn ein Verkauf dieser Bestände dürfte bei einem Anstieg der Zinsen in ihrer Bilanz wie auch bei den Geschäftsbanken zu hohen Verlusten führen und die zukünftige Kreditaufnahme der Krisenstaaten am freien Markt unmöglich machen. Man spricht deshalb von „fiskalischer Dominanz“ – die EZB muß die Staaten liquide halten.

Aus Frankreich kommt nun eine ausgefallene Alternative: Die Ökonomen Philippe Martin, Éric Monnet und Xavier Ragot schlagen eine unkonventionelle Inflationssteuerung vor, die auf einer Idee des US-Ökonomen Milton Friedman beruht. In einem Gedankenexperiment stellte der spätere Nobelpreisträger 1969 die Frage, welchen Effekt es haben würde, wenn eine Notenbank das von ihr gedruckte Geld aus einem Helikopter über bewohntes Gebiet abwerfen würde. In der heutigen Praxis würde die EZB jedem Bürger einen bestimmten Beitrag überweisen.

Wie kommt das viele Geld bei zu hoher Inflation wieder zurück?

Dadurch, daß alle das geschenkte Geld annahmegemäß sofort ausgeben, steigen die Nachfrage und damit auch die Preise. Um die Inflation um einen Prozentpunkt zu erhöhen, benötige man lediglich einen Nachfrageimpuls, der das Bruttoinlandsprodukt (BIP) um zwei Prozent ansteigen läßt. Wie groß müßte ein entsprechender Scheck für die Bürger sein? Eine eigene näherungsweise Berechnung geht von folgender Überlegung aus: Jeder von der EZB ausgegebene Euro wird pro Jahr für verschiedene Käufe zur Bezahlung genutzt. Je höher diese sogenannte Geldumlaufgeschwindigkeit, mit desto weniger Geld kann man den Anstieg der Nachfrage „finanzieren“.

Zur Zeit ist diese Umlaufgeschwindigkeit des Geldes in der Pandemie infolge eines erhöhten Sparverhaltens stark abgesunken. Würde vor der Pandemie jeder Euro pro Jahr 1,4mal ausgegeben, so geschieht dies jetzt nur noch 1,1mal. Das Geld zirkuliert also seltener zwischen den Konsumenten und Unternehmen. Um Inflation zu erzeugen, muß die EZB also mehr tun. Im Ergebnis müßte die Notenbank etwa 600 Euro als „Helikoptergeld“ einmalig an jeden Bürger überweisen, um die Inflation in der Eurozone um einen Prozentpunkt zu erhöhen. Das klingt zunächst einmal wirksamer als die Staatsanleihekäufe im Umfang von etwa



Hubschrauber wirft Euroscheine ab: Verdeckte Variante einer monetären Staatsfinanzierung?

30 Prozent des Euro-Raum-BIP. Zudem kann die EZB eine Feinststeuerung vornehmen und den Betrag erhöhen, sollte die angestrebte Inflationsrate von zwei Prozent nicht erreicht werden. Philippe Martin, Professor am Pariser Institut für Politische Studien, berät als Präsident des Conseil d'analyse économique (CAE) den Premier und gilt als einer der einflussreichsten französischen Wirtschaftswissenschaftler. Der „Helikoptergeld“-Vorschlag ist also ernst zu nehmen. Doch die scheinbar überzeugende Theorie hat einige Probleme und Nebenwirkungen. Zunächst setzt der relativ hohe Wirkungsgrad des Zusatzgeldes eine weitgehend ausgelastete Wirtschaft voraus, um inflationär zu wirken.

Sodann wird das Zusatzgeld in Corona-Zeiten nicht sofort ausgegeben, sondern aufgrund von verhindertem Konsum (erschwertes Reisen, Ausfall von Kulturveranstaltungen) oder aus Vorsicht gespart. So ist die Sparquote, also der gesparte Anteil am Einkommen, in Deutschland im ersten Quartal 2021 auf den Rekordwert von 23,2 Prozent gestiegen. Zudem verbleibt nicht jeder verausgabte Euro im Euroraum. Von 100 Euro gehen 29,70 Euro ins Euro-Ausland. Dies halbiert die Wirkung des „Helikoptergeldes“ – oder andersherum: Die Überweisung für den gleichen Inflationseffekt müßte verdoppelt werden.

Wohl keine Lösung im Sinne eines zeitnahen Konsums bieten EZB-Prepay-Karten mit einem Verfallsdatum, denn diese könnten den Normalkonsum ersetzen. „Helikoptergeld“ an sich ist immer mit einer Umverteilung verbunden, denn mit der Kopfpauschale werden Einkommensschwache relativ mehr begünstigt. Der EZB fehlt hierzu aber das Mandat. Darüber hinaus kann die Notenbank im Falle einer überschießenden Inflation das Geld nicht ohne Weiteres wieder einsammeln. Hierzu

müßten die Finanzminister der Eurostaaten eine „Inflationssteuer“ erheben und diese Einnahmen auf Konten der EZB dauerhaft hinterlegen. Zunächst als „arbeitsloses“ Einkommen mit leistungsmindernden Anreizen genossen, würde jetzt scheinbar grundlos fiskalisch enteignet. Die Bürger wären kaum begeistert.

Ein wesentlicher, erfahrungsbedingter Einwand resultiert aus der derzeit vorherrschenden und teils nach EU-Recht fragwürdigen „fiskalischen Dominanz“ der Euro-Finanzminister und der EU-Kommission, die die EZB in die Dienste der insbesondere finanziell klammen Staaten stellen. Mit dem „Helikoptergeld“ verschwimmen die Grenzen der Geldpolitik einer unabhängigen Zentralbank mit der Fiskalpolitik der Staaten. Zum einen könnten sie das Zusatzgeld wegsteuern und damit indirekt eine von der Notenbank unterstützte monetäre Staatsfinanzierung vornehmen.

Zum anderen könnte das „Helikoptergeld“ direkt an die Finanzminister gehen – das wäre die reine Variante einer monetären Staatsfinanzierung gemäß der Modern Monetary Theory (MMT; JF 49/19). Doch bereits auf dem „Brussels Economic Forum 2021“ deutete EZB-Präsidentin Christine Lagarde zukünftige Entwicklungen an: „Wenn die Pandemie vorüber ist, müssen wir den Schwerpunkt von der Erhaltung der Wirtschaft auf ihre Umgestaltung verlagern.“ Das wäre dann ein wirklich revolutionäres Mandat. Gelten die EU-Verträge für die EZB nicht mehr?

Prof. Dr. Dirk Meyer lehrt Ökonomie an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg. „Was kann die Europäische Zentralbank noch tun? (Les notes du conseil d'analyse économique 65/21):“ cae-eco.fr/staticfiles/pdf/cae-note065-en.pdf

JF Buchdienst
Hohenzollerndamm 27a · 10713 Berlin
Fax: 030-86 49 53-40 · Bestelltelefon: 030-86 49 53-25

Hiermit bestelle ich zur sofortigen Lieferung folgende Titel:

Expl.	Bestell-Nr.	Autor/Kurztitel	Euro

abschicken, faxen oder gehen Sie online: www.jf-buchdienst.de

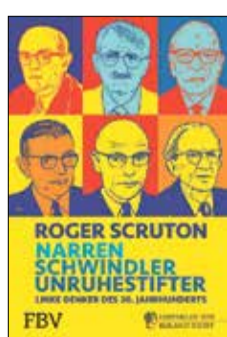
Bestelladresse: _____ Kundennummer: _____
Bitte in Druckbuchstaben ausfüllen! (falls zur Hand)

Vorname/Name: _____
Straße/Nr. (Kein Postfach): _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____ E-Mail: _____
Datum/Unterschrift: _____

Datenschutzhinweis: Ja, ich bin einverstanden, daß mir schriftlich, per E-Mail oder telefonisch weitere interessante Angebote der JUNGE FREIHEIT Verlag GmbH & Co. KG unterbreitet werden und daß die von mir angegebenen Daten für Beratung, Werbung und zum Zweck der Marktforschung durch den Verlag gespeichert und genutzt werden.
Vertrauensgarantie: Eine Weitergabe meiner Daten an andere Unternehmen erfolgt nicht. Meine Einwilligung kann ich jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen. Weitere Informationen zum Datenschutz finde ich unter j.f.de/datenschutz

Versand: Deutschland: Versandkostenfrei bei Bestellungen ab 50,- Euro. Darunter beträgt der Versandkostenanteil 3,90 Euro. Auslandslieferung nur gegen Vorkasse! EU: 12,- Euro. Übriges Europa 14,- Euro. Welt: 18,- Euro. Bücher sind vom Umtausch ausgeschlossen!

Roger Scruton
Narren, Schwindler, Unruhestifter
Linke Denker des 20. Jahrhunderts



Der unlängst verstorbene Roger Scruton war einer der wohl wichtigsten konservativen Denker unserer Zeit. Er liefert in diesem Buch eine vernichtende Kritik der Idole des linken Denkens des 20. und 21. Jahrhunderts. Hier enthüllt er, wie es dazu kommen konnte, daß heute Linke die Geisteswissenschaften dominieren. 368 S., geb.

Best.-Nr.: 95279 **25 Euro**

Martin Wagener
Kulturkampf um das Volk
Der Verfassungsschutz und die nationale Identität der Deutschen



Gibt es das deutsche Volk noch? Die Frage mutet absurd an, hat aber einen wahren Kern. Die Bevölkerungspolitik der Bundesregierung ist darauf ausgerichtet, eine multikulturelle Gesellschaft zu errichten. Aus der historisch gewachsenen Kulturnation soll eine neue Willensnation werden. 512 S., geb.

Best.-Nr.: 95249 **26 Euro**

Nena Schink
Ich bin nicht grün
Ein Plädoyer für Freiheit



Wenn es nach Statistiken geht, müßte Nena Schink die Grünen wählen. Sie ist jung, weiblich, urban, studiert und zudem noch Journalistin. Weit gefehlt! Die Autorin entlarvt das hoch gelobte grüne Lebensgefühl ihrer Generation und stellt klar, daß der Zeitgeist eben nicht nur grün ist. Sie räumt auf mit dem Vorurteil, daß nur die Grünen die Umwelt schützen können. 200 S., Pb.

Best.-Nr.: 95228 **18 Euro**

Philip Plickert
Merkel
Die kritische Bilanz von 16 Jahren Kanzlerschaft



Am Ende von 16 Jahren Kanzlerschaft stellt sich die Frage nach Angela Merks politischer Bilanz und ihrem Erbe. Wie wird sie in die Geschichtsbücher eingehen? Als Riese oder Scheinriese? Das Fazit: Die Kanzlerin hat sich mehrere gravierende Fehler zuschulden kommen lassen. Sie hinterläßt Probleme, an denen die Deutschen noch lange schwer zu tragen haben. 320 S., Pb.

Best.-Nr.: 95229 **18 Euro**



Abbildungen können vom Original abweichen!